

## Beschluss der Mittelstands-Union Niederbayern Osterhofen, den 16.01.2016

Angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Flüchtlingskrise und aufgrund des von Prof.Dr. Di Fabio erstellten Gutachtens, das die Verfassungswidrigkeit der Grenzöffnung und der damit einhergehenden tausendfachen illegalen Migration belegt, fordert die Mittelstands-Union Niederbayern:

1. Die Bundesregierung mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an der Spitze muss den seit September 2015 andauernden, fortwährenden Verfassungsbruch sofort beenden und die Grenzen Deutschland wieder sichern, um die illegale Migration zu stoppen.
2. Wenn der Bund diese Grenzsicherung nicht mit eigenen Mitteln gewährleisten kann, muss er auf das Angebot Bayerns zurückgreifen, die Landespolizei zur Grenzsicherung mit heranzuziehen.
3. Der Familiennachzug für Flüchtlinge ist auszusetzen.
4. Abgelehnte Asylbewerber und solche, die wegen Straftaten verurteilt worden sind, müssen konsequent ausgewiesen und abgeschoben werden.

Beschluss des Bezirksvorstand MU-Niederbayern im Umlaufverfahren.